

B e s c h l u s s des Landeshauptausschuss am 16. Oktober 2004 in Ludwigsburg

Mineralölsteuer senken – PKW-Vignette einführen – Straßenbaumittel erhöhen

Die FDP Baden-Württemberg fordert für eine schnelle Verbesserung der Finanzierungsgrundlagen für den Erhalt und die Erneuerung der überörtlichen Straßen in Bund und Land und als übergangsweisen Einstieg in die grundsätzliche Umorientierung auf eine nutzerfinanzierte Verkehrsinfrastrukturfinanzierung folgende Sofort-Maßnahmen:

- **Absenkung der Mineralölsteuer und gleichzeitig Einführung einer Autobahnvignette.** Die Steuerausfälle infolge der Absenkung sollen durch Vignetteneinnahmen bei den PKW kompensiert werden.
- **Zweckbindung der gesamten Vignetteneinnahmen für den Straßenbau.** Die Zweckbindung ist unverzichtbar für die Akzeptanz der Gebühr. Sie ist auch unter europarechtlichen Gesichtspunkten gefordert. Damit wird eine langfristige, sichere Finanzierungsquelle für den Straßenbau geschaffen
- **Direkte Zuweisung der Vignetten- und der LKW-Mauteinnahmen an die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG).** Die damit erreichte Abkoppelung vom Bundeshaushalt ist ein zentrales Ziel der Reform.
- **Erhöhung der Straßeninvestitionen im Bundeshaushalt um 1,5 Mrd. Euro auf 6 Mrd. Euro pro Jahr.** Die Erhöhung der Investitionen wird durch die Einschränkung des Tanktourismus mit derzeitigen Steuerausfällen von rund 1,5 Milliarden Euro und die Vignettenpflicht ausländischer PKW ermöglicht. Mit 6 Milliarden Euro pro Jahr werden die Bedarfsplanvorhaben des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) solide finanziert. Dieser Investitionsbedarf entspricht auch den Empfehlungen der Pällmann-Kommission.